



LANDESVORSTAND

Interview mit dem DGB-Vorsitzenden Eugen Roth

Vor dem Hintergrund der am 19. Juli 2005 gescheiterten „Solidarpaktgespräche“ zwischen Landesregierung einerseits und DGB-Gewerkschaften und Beamtenbund andererseits haben wir ein Gespräch mit dem DGB-Vorsitzenden und GdP-Mitglied Eugen Roth geführt. So war unweigerlich der „Solidarpakt“ Inhalt des Gesprächs, aber auch die Sicht von Eugen Roth zu allgemeinen politischen Fragen, sowie zur Zukunft des Landes und des DGB war uns wichtig.

Lieber Eugen, nach deiner Zeit bei der saarländischen Polizei und als GdP-Landesvorsitzender bist du seit Januar 1998 DGB-Vorsitzender im Saarland. Im September 2004 bist du darüber hinaus Landtagsabgeordneter geworden. Welche Stimmung hast du im Rückblick auf diese Entwicklung und wie fühlt man sich als „neuer“ Landtagsabgeordneter und ehemaliger Polizist im Saarparlament?

Eugen Roth

Meinen beruflichen Werdegang in die hauptamtliche Gewerkschaftspolitik als gewählter Landesvorsitzender des DGB Saar und danach als Abgeordneter des saarländischen Landtages hätte ich selbst vor einigen Jahren nie vorausgesagt. Beim DGB bin ich schließlich der einzige Landesvorsitzende, der aus der in Relation zu anderen DGB-Gewerkschaften „kleinen“ GdP kommt. Auch der Wechsel in die Politik nach 21 Jahren Polizeidienst ergab sich erst auf der Strecke und völlig unvorhersehbar. Ich bereue beides aber nicht, ganz im Gegenteil: Durch viele Arbeitsstellen- und Funktionswechsel in der Polizei über Wechselschichtdienstbeamter, DGL, Fachlehrer, stellvertretender Hundertschaftsführer, freigestellter Personalrat und GdP-Landesvorsitzender, sowie Mitglied im geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand bin ich

beruflich mobil geworden. Der Polizeidienst war eine verantwortungsvolle Aufgabe und eine schöne Zeit. Meine neuen Tätigkeitsfelder sind zwar beruflich unsicherer, aber dafür kann man eng Entscheidungen mitgestalten. Viele freundschaftliche Kontakte zu meinen Polizeikolleginnen und -kollegen helfen mir dabei.

Worin liegen nach deiner Ansicht im Polizeibereich die wesentlichen Unterschiede der Landesregierungen bis September 1999 und ab September 1999?

Eugen Roth

Die CDU-Landesregierung hat, im Gegensatz zur SPD-Vorgängerregierung, zunächst die Sparzwänge bei der Polizei etwas gelockert. Dies geschah allerdings auch auf permanentem Druck der GdP, dem sich die ehemalige Opposition angeschlossen hatte und in der Regierungsverantwortung auch stellte. Dabei kamen hauptsächlich Ausgabenreste, die die SPD-Vorgängerregierung überlassen hatte, zur Ausschüttung. Belege sind die Anhebungen von Beförderungen und Neueinstellungen. Wir sollten in der GdP jedoch selbstbewusst beides auch als eigene Erfolge verbuchen und nicht allein der Landesregierung gut schreiben, die allerdings etwas vollzog, wozu die SPD-Vorgängerregierung trotz gewerkschaftlichen Drucks nicht

bereit gewesen war. Im Unterschied zur SPD-Vorgängerregierung versucht die amtierende CDU-Landesregierung nach meiner Ansicht jedoch bestehende, unausweichliche Konflikte infolge von Haushaltsengpässen und akuter Finanznot mehr zu ummanteln. Ihre Kernbotschaft lautet zugespißt und frei formuliert: „Wir sind doch die Guten, nicht die Bösen. Wir können doch nichts dafür!“ Die SPD-Vorgän-

Bundesland langfristig gesichert werden soll:

Die Menschen im Land brauchen glaubhafte, realistische Perspektiven für ihre eigene berufliche und private Zukunft. Dies bedeutet unter anderem ein attraktives Angebot an Bildung von der kindlichen Früherziehung über die schulische, berufliche und universitäre Ausbildung bis zur berufsbegleitenden Fort- und Weiterbildung, attraktive, kultu-



Die Gesprächsrunde „Solidarpakt“ in der Staatskanzlei

Foto: Thomas Schulz, DGB

gerregierung hatte dagegen für objektive Konfliktlagen eindeutig Verantwortung übernommen und diese Konflikte ohne Versuche der Verschiebung ihrer eigenen Regierungsverantwortung offen ausgetragen.

Was sind nach Ansicht des DGB Saar die drei wichtigsten Aufgaben für die Zukunft des Saarlandes?

Eugen Roth

Für die Zukunft des Saarlandes sind – übergeordnet – nach gewerkschaftlicher Auffassung hauptsächlich drei Dinge existenziell notwendig, wenn die wünschenswerte Eigenständigkeit als

relle- und Freizeitangebote, eine gute Verkehrsinfrastruktur und innere Sicherheit als Standortfaktor. Hier bewerte ich die Entwicklung angesichts der Grundschulschließungen und des Rückgangs an Studierenden bei der Universität des Saarlandes oder die Schließung der Katholischen Hochschule für Arbeit, wie auch des extremen Rückgangs an angebotenen Ausbildungsstellen als äußerst kritisch. Gleiches gilt für den öffentlichen Dienst insgesamt als Steinbruch für Personalabbau nach der politischen Maxime „Privat vor Staat“.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Die Einnahmesituation des Landeshaushaltes muss dringend verbessert werden, weil ansonsten der „Konkurs“ unausweichlich nur eine Frage der Zeit ist: Die Verpuffung der Teilschuldung, die die SPD-Vorgängerregierung noch vor dem Bundesverfassungsgericht 1993 zusammen mit Bremen im Gesamtumfang von rund 7,7 Milliarden Euro (!) erstritten hatte, ist Besorgnis erregend: Die Neuverschuldung allein in diesem Haushaltsjahr 2005 von 810 Millionen und dem harten Kampf um Einsparungen gerade Mal in Höhe von 136 Millionen Euro bestätigt meine öffentlich geäußerte, sehr kritisch von der Landtagsmehrheit kommentierte These: Diese Sparmaßnahmen sind unterm Strich „Wie ein Furch im Wind“ (siehe auch „SZ“, 31

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe unseres Landesteils ist der 7. September 2005.



**Deutsche
Polizei**

Ausgabe:
Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Dirk Schnubel (V.i. S. d. P.)
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis
Alte-Brauerei-Straße 3
66740 Saarlouis
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39
E-Mail: dirk.schnubel@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaftrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6489

Januar 05, S. C-2). Damit ist klar: Das Sparen lindert die Problematik nicht einmal ausreichend, wobei zukünftig völlig unabhängig von so genannten „Solidaripaktangeboten“ o. ä. auch der Polizeibereich – lange vorhersehbar, aber immer ummantelt – nicht außen vor bleiben wird. Die Einnahmesituation kann aber nur verbessert werden, wenn die allgemeine Wirtschaftskonjunktur stärker anzieht und wenn das Land seine eigenen Einnahmefähigkeiten wirklich ausschöpft. Warum verzichtet das Saarland eigentlich bei dieser Dramatik beharrlich auf eine Initiative zur Wiedereinführung einer Vermögenssteuer? Diese würde in die Landeskassen fließen und dem Saarland jährlich mindestens um die 200 000 000 Euro bringen – ein Beispiel.

Der saarländische Zusammenhalt ist der Kitt für unsere eigenständige Zukunft. Er darf nicht auf dem parteipolitischen Interessenaltar geopfert werden. Unsere Montanmitbestimmung, die Tarifautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, der gesetzliche Kündigungsschutz sowie eine konstruktive, verantwortungsvolle Haltung der Personal- und Betriebsräte in schwierigen Umstrukturierungsprozessen haben Mitbestimmung und Teilhabe der Beschäftigten, sozialen Frieden und Zukunft für die Menschen und ihre Arbeitsplätze und damit für unser Saarland gesichert. Dies alles darf nicht durch gesetzliche Kräfteverschiebungen mit einseitiger Bevorteilung des Arbeitgeberverbands riskiert werden. Leider finden sich auch in der Regierungserklärung von Peter Müller vom 3. November 2004 auf mehreren Seiten Passagen, in denen die Forderungen der Arbeitgeberverbände wie „Privat vor Staat“, „Privatisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte“, (noch) „mehr Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger“ usw. als Ziele der Landespolitik übernommen werden. Hinter diesen wohl klingenden Formulierungen verbergen sich knallharte Angriffe auf die Rechte der abhängig Beschäftigten sowie

derjenigen, die noch arbeitslos draußen vor der Tür stehen.

Verhält sich der DGB Saar gegenüber der CDU-Landesregierung kämpferischer als gegenüber der SPD-Vorgängerregierung?

Eugen Roth

Die Bewertung der Rolle von Gewerkschaften aus Sicht einer Landes- und Bundesregierung ist fast immer durch eigene Interessen geleitet und fast nie objektiv. GdP und DGB haben, unter lautem Beifall der damaligen Opposition und heutigen Regierungsmehrheit, in den 90er-Jahren anlässlich der Polizeireform und der teils überharten Sparmaßnahmen Massenproteste öffentlich und in nie da gewesener Klarheit organisiert. Beispielhaft erinnere ich an den Bericht und die Öffentlichkeitsveranstaltungen zur Polizeireform 1991 oder die Großdemonstrationen im Dezember 1994 und im März 1995 oder auch die öffentliche Auseinandersetzung um „DIPOL“ bis in den Innenausschuss des saarländischen Landtages 1996. Wir haben die Schlagzeilen mit unserer Kritik an der SPD-Landesregierung gefüllt. Heutige Regierungsmitglieder ließen damals keine GdP-Demo oder Protestveranstaltung aus. Ich bin deshalb etwas verwundert, wenn heute plötzlich Gewerkschaftskritik wie „Majestätsbeleidigung“ dargestellt wird. Noch verwunderter bin ich allerdings, wenn der ein oder andere Kollege heute erwartet, dass die GdP oder auch der DGB bei Protesten etwas mehr stillhalten sollte.

Warum haben der DGB Saar und seine ÖD-Gewerkschaften das Angebot der saarländischen Landesregierung zur Aufnahme von „Solidaripaktgesprächen“ nicht angenommen?

Eugen Roth

Das Angebot der Landesregierung, so genannte „Solidaripaktgespräche“ aufzunehmen über ein jährliches Einsparvolumen von 30 Millionen Euro, ist in Titel und Inhalt eine Mogelpackung: Im Hintergrund wird beispielsweise über eine bis zu 80-prozentige Kürzung der jähr-

lichen Sonderzuwendung, die Kürzung der Beihilfe, die Verlängerung der Arbeitszeit usw. nachgedacht. Im März hat das Landesparlament bereits das Gesamtvolumen der Einsparhöhe verbindlich beschlossen. Über was kann denn eigentlich noch echt verhandelt werden? Und wer soll eigentlich mit wem solidarisch sein? Die „Solidarität“ sah doch in der Vergangenheit so aus, dass Ende 2003 den Beamtinnen und Beamten einseitig eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden angeordnet wurde und jetzt im Nachgang von den Tarifbeschäftigten ebenfalls eine „solidarische“ Wochenarbeitszeitverlängerung abverlangt wird. Dennoch haben sich die ÖD Gewerkschaften GEW, ver.di, GdP und der DGB nicht generell Gesprächen verschlossen: In zwei Runden am 27. Januar und am 19. Juli wurden die echten Verhandlungsmöglichkeiten ausgelotet und auch zwischenzeitlich mit dem Deutschen Beamtenbund/Tarifunion abgestimmt. Unsere Bedingungen für die Aufnahme dieser Gespräche über Gewichtung von Einsparleistungen unserer Kolleginnen und Kollegen waren:

Verhandelbarkeit des Einsparrahmens von 30 Millionen Euro durch berechtigte Anrechnungen bereits erbrachter, nachweisbarer Einsparleistungen z. B. durch Wochenarbeitszeitverlängerung usw.

Übernahme des „Tarifabschlusses neu“ für den ÖD des Landes: Dies würde die Tarifautonomie und damit echte, gewerkschaftliche Verhandlungsrechte sichern und dem Land mittelfristig sogar Geld sparen.

Weder zum einen noch zum anderen sah sich die Landesregierung leider bereit bzw. im Stande. In der Pressekonferenz nach dem Gespräch mit der Landesregierung sprach Ministerpräsident Müller erstmalig öffentlich davon, dass die Gewerkschaften im Saarland offensichtlich nicht zum Abschluss eines „betrieblichen Bündnisses im öffentlichen Dienst“ bereit seien. Damit hat der Ministerpräsident öffentlich eingestanden, dass seine Landesregierung neben den Einspar-

LANDESVORSTAND

effekten auch den Flächentarifvertrag bzw. die Tarifautonomie unterlaufen wollte. Dies können und werden die Gewerkschaften aber nicht machen, denn dann würden wir die von unseren Vorgängergenerationen erkämpften, gewerkschaftlichen Verhandlungsrechte am Kleiderhaken abhängen. Alle Beschäftigten, ob Beamte oder Tarifbeschäftigte, würden in verstärktem Maße der Willkür der öffentlichen und mittelfristig auch der privaten Arbeitgeber ausgeliefert, denn hier sollte offensichtlich auch ein saarländischer Präzedenzfall für die Privatwirtschaft und unsere übrigen Mitglieder der Gewerkschaftsfamilie geschaffen werden. Die Arbeitgeberverbände hätten in die Hände geklatscht.

Wie verhält sich der DGB im laufenden Bundestagswahlkampf?

Eugen Roth

Die Gewerkschaften und der DGB sind politisch unabhängig, aber nicht neutral. Die Dinge, die durch Wahlentscheidungen festgelegt werden, sind nachfolgend durch gewerkschaftliches Engagement nur schwer, wenn überhaupt korrigierbar. Der DGB wird deshalb, wie in der Vergangenheit auch, keine Wahlempfehlung aussprechen. Dies wäre im Übrigen auch unsinnig und kontraproduktiv. Wir empfehlen allen Kolleginnen und Kollegen aber, genau hinzuhören und hinzuschauen, was die politischen Wettbewerber programmatisch ankündigen: Wer ist bereit, in schwierigen Zeiten gesellschaftlicher und sozialer Umbrüche Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der sie vertretenden, demokratisch gewählten Betriebs- und Personalräte sowie ihrer Gewerkschaften zu festigen, oder wer wählt den Weg über die Schwächung der Arbeitnehmervertretungen? Wer wird zum Beispiel

die Tarifautonomie sichern? den Kündigungsschutz erhalten?

für auskömmliche Löhne in der superreichen Bundesrepublik Deutschland eintreten?

die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen stärken?

für eine solidarische Sicherung von sozialen Risiken wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Alterssicherung, Arbeitslosigkeit eintreten?

eine gerechtere Finanzierung gesellschaftlich notwendiger, staatlicher Aufgaben und Infrastrukturmaßnahmen umsetzen?

Die Menschen und die Gewerkschaften sind bereit, notwendige Reformen mitzugestalten und mitverantworten, wenn sie gerecht ausbalanciert sind und in absehbarer Zeit zu nachprüfbaren Erfolgen führen. Die Treppe muss allerdings von oben gekehrt werden.

Wie kann die Arbeit der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes durch den DGB eine bessere Unterstützung erfahren?

Eugen Roth

Der DGB hat zur Unterstützung seiner ÖD-Gewerkschaften über die alltägliche Zusammenarbeit bereits einige Anstrengungen unternommen: Beispielhaft erinnere ich an das „DGB Beamteninfo“, ein Infomagazin zur verbesserten Kommunikation bzw. das jährlich stattfindende „Schöneberger Forum“, in denen Fragen und Standpunkte der öffentlichen Dienste in einer großen Hauptstadtkonferenz einer breiten Öffentlichkeit präsentiert werden. Steigerungsfähig ist die Koordination auf überregionaler Ebene. Im Saarland sind wir kraft unserer fast natürlichen, kollegialen Nähe auch im Zusammenwirken mit den Industriegewerkschaften dabei recht gut aufgestellt. Der DGB kümmert sich mit Unterstützung aller bei uns intensiv um die Belange der ÖD-Beschäftigten. Dies verleiht ihren Anliegen mehr Kraft. Mir hat es beispielsweise gut gefallen, dass bei der Kundgebung im Zuge des Warnstreiks am 19. Mai dieses Jahres auf dem Ludwigsplatz viele Fahnen der IG-Metall, der IG BCE und der IG BAU zu sehen waren.

Wie geht es mit dem DGB Saar selbst weiter?

Eugen Roth

Nach meiner tiefen Überzeugung hat sich die Kooperation im 2002 gegründeten DGB-Bezirk

West durch den DGB Saar und den DGB Rheinland-Pfalz bewährt. Das Vorurteil, dass „die“ Saarländer nicht mit „den“ Pälzern könnten, kann eher für die berühmten „Pälzer“ oder „Saarländerwitze“ dienen, nicht jedoch für die Realität. Das jetzt gefundene Maß an landesgewerkschaftlicher Eigenständigkeit durch eine eigene Landeskonferenz, Wahl eines eigenen Landesvorstandes und darauf aufbauend eines Bezirksvorstandes sollte im Interesse der landespolitischen Vertretung durch den DGB jedoch nicht weiter zurückgeführt werden. In den Zentralen der Einzelgewerkschaften gibt es angesichts der Mitgliederentwicklung Überlegungen vielerlei Art. Die besondere Rolle des Dachverbandes darf dabei im föderalen Aufbau der Bundesrepublik jedoch nicht mit einzelge-

werkschaftlichen, vorwiegend betriebsorientierten Aufgaben verwechselt werden. Hier baue ich, wie in der Vergangenheit auch, auf die vorzeigbaren, gewerkschaftlichen Erfolge (z. B. im Ländervergleich immer noch der mit Abstand höchste, gewerkschaftliche Organisationsgrad), sowie den saarländischen Zusammenhalt. Der DGB Saar stellt als mitgliederstärkster Verband im Land immer auch ein Stück Eigenständigkeit des Saarlandes dar. In diesem Sinne bin ich meiner GdP für die immer wenn notwendig gewährte Unterstützung dankbar. Weichenstellungen zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben und der notwendigen Strukturen erwarte ich beim DGB Bundeskongress, der vom 22. bis 26. Mai 2006 in Berlin stattfinden wird.

Anzeige

Halm & Preßer

Fachanwälte und Rechtsanwälte in überörtlicher Sozietät

Lutherstraße 14 · 66538 Neunkirchen/Saar
 Telefax (0 68 21) 92 10 30 · ☎ (0 68 21) 9 21 00
 E-Mail: info@halm-presser.de · www.halm-presser.de

Adelbert Halm*
Fachanwalt für Familienrecht
 weitere Tätigkeitsschwerpunkte:
 Arzthaftungsrecht, Architektenrecht,
 Bankenrecht

Wolfgang Preßer*
Fachanwalt für Arbeitsrecht
 weitere Tätigkeitsschwerpunkte:
 Baurecht, Handelsvertreterrecht,
 Vergaberecht

Dr. Ralf Heydrich*
Fachanwalt für Strafrecht
Fachanwalt für Sozialrecht
 weitere Tätigkeitsschwerpunkte:
 Mietrecht, Gesellschaftsrecht,
 Immobilienrecht

Dr. Christian Halm*
Fachanwalt für Verwaltungsrecht
Fachanwalt für Versicherungsrecht
 weitere Tätigkeitsschwerpunkte:
 Jagdrecht, Nachbarrecht
 Landwirtschaftsrecht

Daniel Jung
 Tätigkeitsschwerpunkte:
 Erbrecht, Steuerrecht, Opferrecht

Julia Preßer
 Tätigkeitsschwerpunkte:
 Familienrecht, Kaufrecht,
 Verkehrsrecht

* auch zugelassen am
 Saarl. Oberlandesgericht

07426 Bechstedt/Thüringen – Gut Bechstedt –
 Telefax (03 67 30) 3 16 67 · ☎ (03 67 30) 3 16 66
Dr. Richard Dewes · Minister a. D.
 Tätigkeitsschwerpunkte: Kommunalrecht, Verbandsrecht, Beamtenrecht

Internetseminar in Kirkel



Die Teilnehmer des Internetseminars in Kirkel

Foto: GdP

In der Woche vom 11. bis 15. 7. 2005 veranstaltete der GdP-Landesbezirk Saarland im Rahmen seines Bildungsprogramms ein Internetseminar in Kooperation mit der Arbeitskammer des Saarlandes und ihrer Initiative „Arbeitnehmer ans Netz“.

Es nahmen insgesamt 12 Mitglieder teil, die sowohl von dem

Seminarinhalt, als auch von der Unterbringung und Verpflegung in der Bildungsstätte der Arbeitskammer des Saarlandes in Kirkel begeistert waren.

Unser ausdrücklicher Dank gilt dem Referenten Jürgen Pick, der es verstanden hat, die umfangreiche Materie verständlich zu vermitteln. **Wolfgang Schäfer**

KREISGRUPPEN

Unsere Kreisgruppen berichten

Saar-Pfalz-Kreis

Zwei St. Ingberter Urgesteine im wohlverdienten Ruhestand

Bereits mit Ablauf des Monats März trat unser langjähriges Mitglied Hans-Peter Becker in den wohlverdienten Ruhestand.

Hans-Peter, der über viele Jahre für die innerdienstlichen Geschicke bei der PI St. Ingbert mitverantwortlich war, wurde im Rahmen einer kleinen Feier durch den Leiter der PI St. Ingbert, Dietmar Glandien, in den „Ruhe-

stand“ verabschiedet. Jetzt bleibt für ihn zum ersten Mal genügend Zeit für seine Hobbys Radfahren und seit neuestem das Nordic Walking.

Gerade mal vier Wochen später lud unser Kollege Dieter Gestier zu seiner Verabschiedung



Dieter Gestier (links) und Dietmar Glandien

Foto: PI IGB

ungsfeier in die Kantine der PI St. Ingbert. Dieter, der bei Groß und Klein in St. Ingbert überall bekannt und geschätzt wird, kann man wohl auch zu einem Original der Stadt zählen. Beide waren in ihrer langjährigen Dienstzeit in St. Ingbert auch in unterschiedlichen gewerkschaftlichen und personalrätlichen Funktionen tätig.

Lieber Hans-Peter, lieber Dieter, für die Zukunft wünschen wir euch alles erdenklich Gute, vor allem Gesundheit und heißen euch als Jungsenioren in unserer Seniorengruppe der KG Saarpfalz-Kreis herzlich willkommen.

Ralf Herrmann

Johannes „Hansi“ Knerr verabschiedet.

Mit Ablauf des Monats Juli 2005 ist unser ehemaliger „Spieß“ Johannes „Hansi“ Knerr in den Ruhestand getreten. Diese letzte Versetzung wurde auf seinem Wiesengrundstück in Homburg-Reiskirchen ausgiebig bei Speisen und Getränken gefeiert. Auch die GdP-Kreisgruppe Saarpfalz, vertreten durch den stellv. Vorsitzenden Gunter Prechtl, verabschiedete Hansi in den Unruhestand. Hansi, wir wünschen Dir für Deine weitere Zukunft alles Gute, Glück und Gesundheit.

Gunter Prechtl

Neunkirchen

Glückwünsche überbracht

Zum 75. Geburtstag konnte am 1. 5. 05 der Seniorenvertreter der KG Neunkirchen, Armin Jäckle, dem Kollegen Adalbert Meyer gratulieren. Am 12. 5. 05 durfte er dann seinem Vorgänger in der Seniorenbetreuung, dem Kollegen Rudolf Bechtel zum 70. Geburtstag gratulieren. Weitere Glückwünsche der Kreisgruppe überbrachte er am 27. 5. 05 dem Koll. Theodor Bischoff zum 84. Geburtstag und am 25. 6. 05 gratulierte er zum 65. Geburtstag unserem Koll. Rudi Weber in St. Wendel. Am 29. 6. 05 gratulierte die KG dem Koll. Paul Klein zum 82. Geburtstag. Bei der PI Illingen gratulierten die Vertreter der KG dem Kollegen Klaus Glauben zu seinem 50. Geburtstag.

Hartmuth Emmerich

St. Wendel

Herbstfest am/im Wendelinushof

Unsere Kreisgruppe feiert am Freitag, dem 23. 9. 05, ab 14.30 Uhr, zum Herbstanfang am bzw. im Wendelinushof. Wir laden daher zum Essen und zu einer Führung durch den neu gestalteten Hof ein. Merkt euch den Termin vor und meldet euch bitte rechtzeitig unter Angabe der Personenanzahl bei mir an (Tel.: 0 68 51/8 98-2 33 oder 0 63 81/76 76).

Thomas Ehlhardt

Saarbrücken-Land

Jedermann Radtour

Am 19. 7. 2005 wurde erstmalig für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Polizeibezirk Saarbrücken Land eine „Jedermann Radtour“ angeboten.

Mit dieser Veranstaltung, organisiert vom Polizeibezirk und der GdP-Kreisgruppe Saarbrücken Land, sollte ein Beitrag zum Gesundheitssport geleistet und eine dienststellenübergreifende Sportveranstaltung realisiert werden. Das Angebot wurde von 50 Kolleginnen und Kollegen aus allen Dienststellen der Kreisgruppe Saarbrücken-Land wahrgenommen.

Auch konnten wir Gäste aus den Kreisgruppen Saarbrücken-Stadt und Saarlouis begrüßen.

Die 35 km lange Radstrecke, Fahrtdauer 2,5 Stunden, führte ausschließlich über Wald- und Feldwege und konnte von jedem Teilnehmer gemeistert werden.

Start und Ziel erfolgte am Naturfreundehaus in Völklingen, wo auch anschließend die entleerten Speicher wieder mit Essen und Getränken aufgefüllt werden konnten. Das Team der GdP-Kreisgruppe sorgte für kalte Getränke und original saarländische Schwenker.

Aufgrund der positiven Rückmeldung aller Teilnehmer und der Notwendigkeit ein Angebot an Gesundheitssportmöglichkeiten bereitzustellen, soll im Jahre 2006 eine solche Veranstaltung wieder durchgeführt werden.

Wolfgang Schäfer

KREISGRUPPEN



Begeisterte „Radler/-innen“ vor dem Naturfreundehaus in Völklingen
Foto: GdP

Saarlouis

Seniorentreffen

Am 27. 7. 2005 trafen sich auf Einladung der Kreisgruppe 25 Seniorinnen und Senioren zu einem gemütlichen Nachmittag in der „Körpricher Landbrauerei“. Bei herrlichem Wetter ließ es sich im Biergarten gut aushalten. Auch unser Landesvorsitzender Hugo Müller ließ es sich nicht nehmen, im Kreise der Seniorengruppe einige Stunden zu verbringen. Eine insgesamt gelungene Veranstaltung mit guter Hausmannskost und einem schönen gemütlichen Ambiente.

Dirk Schnubel

Nachruf

Nach kurzer schwerer Krankheit verstarb am 29. 7. 2005, kurz vor seinem 58. Geburtstag, unser GdP-Mitglied Walter Jost. Der Verstorbene war bis zu seinem Tod bei der PBI Saarlouis als Telefonist beschäftigt.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Dirk Schnubel
Vorsitzender



Die Saarlouiser Senior/-innen im Biergarten der Körpricher Landbrauerei
Foto: D. S.

DIENSTUNFALLRECHT

Unfallausgleich als Folge eines Dienstunfalls

Von Stefan Meisberger

In vielen Gesprächen mit betroffenen Kollegen/-innen war immer wieder feststellbar, dass viele den Begriff des Unfallausgleiches und der MdE (Minderung der Erwerbsfähigkeit) als Folge eines Dienstunfalls nicht kannten. Deshalb an dieser Stelle hierzu die wichtigsten Erläuterungen:

Der Unfallausgleich ist geregelt in § 35 BeamtVG und ist die Folge eines anerkannten Dienstunfalls wobei es unerheblich ist, wie lange dieser Dienstunfall zurückliegt.

Ist der Verletzte infolge des Dienstunfalls in seiner Erwerbsfähigkeit länger als sechs Monate wesentlich beschränkt, so erhält er, solange dieser Zustand andauert, neben den Dienstbezügen, Anwärterbezügen oder dem Ruhegehalt einen Unfallausgleich. Dieser wird in Höhe der Grundrente nach § 31 Abs. 1 bis 4 des Bundesversorgungsgesetzes gewährt. Unter Beschränkung versteht man hierbei analog zu § 2 SGB IX, wenn die körperliche

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

COSTA MARINA

Deutschsprachiges Schiff

GdP-Reiseservice informiert:
Bei 2 Vollzahlern, Kind/Jugendliche bis 18 Jahre frei

GROSSE WEIHNACHTS- UND SILVESTERKREUZFAHRT

23. DEZEMBER 2005 - 06. JANUAR 2006

Costa KREUZFAHRTEN

Fortsetzung von Seite 5

Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht.

Hierzu einige Beispiele aus der Praxis:

Bei einer Widerstandshandlung wird ein Kollege durch einen Schlag auf den Kopf verletzt, wobei seine Sehfähigkeit auf Dauer beeinträchtigt wird (körperlicher Schaden).

Ein Widerstand, wobei bei dem Kollegen durch einen Schlag auf den Kopf das Gedächtnisvermögen in Mitleidenschaft gezogen wurde (geistige Fähigkeit).

Eine Verkehrsunfallaufnahme mit einem getöteten Kind, worauf der Kollege ein Trauma erleidet (seelische Gesundheit).

Da ein Unfallausgleich jedoch nicht automatisch gewährt wird, ist folgende Verfahrensweise notwendig:

Beim Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport – Abt. D, Ref. D 1 – wird formell ein Antrag auf Feststellung einer MdE und Zahlung eines Unfallausgleiches gestellt. Von dort wird der Vorgang weiter an das Ref. D 3 geleitet, von wo aus sich der Polizeiarzt mit dem Antragsteller in Verbindung setzt und die entsprechenden Facharztbefundbe-

richte anfordert. Die Höhe der MdE wird dann vom Polizeiarzt festgelegt mit der Folge, dass durch das Referat D 1 der entsprechende Bescheid über den Unfallausgleich ergeht.

Im Saarland wird ab einer MdE von 25 ein Unfallausgleich von 118 Euro monatlich gewährt, wobei sich dieser Betrag progressiv bis zu einer MdE von 100 erhöht.

Wichtig ist hierbei auch zu wissen, dass die vom Polizeiarzt als Amtsarzt festgestellte MdE bei einem Antrag auf Schwerbehinderung beim Landesamt für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz ungeprüft über-

nommen wird und somit einem/er Kollegen/-in mit beispielsweise einer MdE von 50 auch die Schwerbehinderteneigenschaft mit einem GdB von 50 zuerkannt wird und man somit auch unter die Schutzbestimmungen des SGB IX fällt.

Wenn hierzu noch Erklärungsbedarf besteht, setzt euch mit mir in Verbindung, ich werde euch gerne beraten und bei der Antragstellung helfen und unterstützen.

Telefonisch bin ich erreichbar bei der PBI Saarlouis unter der Nummer 0 68 31-90 11 60 oder über Handy 01 62-9 33 05 78.

WASSERSCHUTZPOLIZEI

Neues Polizeiboot für die WSP

Am 1. August 2005 stellte die Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer das neue Polizeiboot in Dienst. Bei dem Wasserfahrzeug handelt es sich um ein 7,40 m langes und 2,60 m breites, so genanntes „trailerbares“ Boot des Typs Yamarin 7440. Angetrieben wird das Fahrzeug von einem 170 PS starken Dieselmotor, der eine Spitzenge-

windigkeit von ca. 60 Km/h erlaubt.

Durch die Anschaffung dieses Bootes wird gewährleistet, dass die WSP alle Einsatzgebiete, vor allem den saarländischen Teil der Mosel, flexibel und schnell erreichen kann. Wir wünschen dem neuen Boot und der Mannschaft allzeit eine handbreit Wasser unter dem Kiel. *D. S.*



Christine Unrath und Dr. Rolf Dillschneider bei der Bootseinweihung

Foto: H. M.

VERSORGUNGSREFORM 2001

Baldige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Von Carsten Baum

Im Bereich des GdP-Landesbezirks Saarland haben auf gewerkschaftliche Empfehlung und mit Hilfe des dazu entwickelten Formblattes bis dato nahezu 400 Neu- und Altpensionäre förmlich Widerspruch gegen ihre Versorgungsbescheide (Neupensionäre) bzw. gegen die Anwendung des Versorgungsreformgesetzes 2001 auf bestehende Versorgungsverhältnisse (Altpensionäre) eingelegt. Die konkrete Erfolgsaussicht dieser Widersprüche wird juristisch aber erst dann absehbar sein, wenn eine höchst-richterliche Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) erfolgt ist. Dort sind seit 2002 mehrere Verfassungsbeschwerden anhängig, über die jetzt bald entschieden werden wird.

Gerichtliche Überprüfung

Gegen die Anwendung des Versorgungsreformgesetzes 2001, das u. a. die schrittweise Absenkung des Versorgungshöchstsatzes auf 71,75 (zuvor 75)% vorsah, sind der DGB und seine Mitgliedgewerkschaften (darunter auch die GdP) gerichtlich zu Felde gezogen. Dort wird sich entscheiden, ob DGB und GdP im Recht sind mit ihrer Ansicht, dass das rückwirkende Eingreifen in wohl erworbene Versorgungsansprüche (d. h. die Kürzung von Pensionen auf

weniger als 75%) verfassungswidrig ist und es im Übrigen der Dienstherr „übertrieben“ hat, als er die in der Rentenreform eingetretenen Kürzungen „wirkungsgleich“ auf das gegenüber dem Rentensystem wesensverschiedene Versorgungssystem der Beamten übertrug.

Erste „Duftmarken“

Am 29. Juni 2005 hat nun das BVerfG erstmals über das Versorgungsänderungsgesetz verhandelt. Dabei sind aus einer Vielzahl

VERSORGUNGSREFORM 2001

von Klagen drei exemplarisch herausgegriffen worden. Die Absenkung des Höchstversorgungssatzes von 75 auf 71,75% veranlasste das Gericht zu einer intensiven Befragung der geladenen Sachverständigen. Diese waren sich in einem Punkt einig:

Die Versorgungsreform ist keine „wirkungsgleiche“ Übertragung der Rentenreform 2000 auf die Beamtenversorgung – Versorgungsempfänger würden wesentlich stärker belastet, als Bezieher gesetzlicher Renten.

Das bestätigte die Auffassung von DGB und GdP, die dies bereits im Gesetzgebungsverfahren (DEUTSCHE POLIZEI berichtete) kritisiert hatten.

Zentrale Frage

Im Mittelpunkt des Interesses der Verfassungshüter stand jedoch das Alimentationsgebot. Darf die Alimentation (etwa hinsichtlich der Mindestversorgung) an sozialhilferechtlichen Bedarfssätzen ausgerichtet werden? Wie wird die Amtsausgewessenheit der Versorgung gewahrt, wenn durch Kürzungen immer stärker angeglichen wird? Darf der Gesetzgeber die Beamten zu mehr Eigenverant-

wortung anhalten und zumindest Teile der Versorgung durch private Vorsorge oder Beiträge privatisieren? Diese und weitere Fragen wurden kontrovers erörtert.

Am Ende der Expertenanhörung beim BVerfG war klar: Das bevorstehende Urteil, das das BVerfG noch in diesem Jahr fällen will, wird einen ganz bedeutsamen Meilenstein der Verfassungsrechtsprechung zum Beamtenrecht setzen.

Daher sieht die GdP (auch mit Blick auf die von uns unterstützten Widersprüche) dem Urteil mit großer Spannung entgegen – DEUTSCHE POLIZEI wird zu gegebener Zeit unverzüglich und ausführlich berichten!

Bis dahin sollten „Pensionäre in spe“, die kurz vor ihrer Ruhestandsversetzung stehen und etwa sechs Wochen davor ihre Versorgungsfestsetzungsbescheide vom Landesamt für Finanzen erhalten, weiterhin von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen und dazu das ihnen als GdP-Mitglied zur Verfügung gestellte Musterformular nutzen. Nur unter dieser Voraussetzung bleiben etwaige Nachzahlungsansprüche gewahrt, wenn das BVerfG entsprechend entscheidet. GdP – ein guter Rat!

POLIZEIFÜHRUNG

Teilrotation im höheren Dienst

In jüngster Vergangenheit kam es zu personellen Veränderungen im höheren Dienst der saarländischen Vollzugspolizei. Diese „Rotation“ wurde von einem Teil der Betroffenen kritisch gesehen, zumindest konnte man aufgrund der Berichterstattung in der Saarbrücker Zeitung gewisse Vorbehalte erkennen. Wir waren auch vor diesem Hintergrund der Meinung, die Betroffenen einmal selbst zu Wort kommen zu lassen. In der August-Ausgabe der DP haben wir Norbert Rupp und Ralf Barrois ihre Sicht der Dinge schildern lassen. In dieser Ausgabe stellen sich vor und beantworten unsere Fragen Michael Engelbert und Wilfried Pukallus

Michael Engelbert

54 Jahre alt, verheiratet, wohnhaft St. Ingbert, Hobbys: Jagd, Sport und Motorradfahren.

Dienstlicher Werdegang: 1984 Ausbildung zum höheren Dienst, danach Stellvertretender Leiter der Bereitschaftspolizei, Stellvertretender Leiter der Polizeiinspektion Saarbrücken, Leiter

POLIZEIFÜHRUNG



Michael Engelbert Foto: BP

Führungsstab der Polizeidirektion Ost, Leiter Polizeidirektion West, Leiter Polizeidirektion Ost, Leiter Polizeibeizirk Saarbrücken-Stadt, seit Juni 2005 – Leiter der Abteilung Bereitschaftspolizei

Wilfried Pukallus

52 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder, 1 Enkelkind, wohnhaft in Saarbrücken, Hobbys: Reisen, Wandern, Tanzen.

Einstellung 1970, nach der Ausbildung zum PRev. 1 Saarbrücken (Wache, Ermittlungsdienst, Polizei-posten), nach Kommissarslehrgang (1977): PRev. 2 Saarbrücken (DGL), VA Saarbrücken (DGL Unfallaufnahme – VÜ-Gruppen-Leiter), VüBB (Zugführer) nach Ratslehrgang (1986): Schutzpolizeiamt, stellv. Sachgebietsleiter 1 (Einsatz/Organisation), Sachgebietsleiter 2 (Personal), Polizeiabteilung, Referat D 6 (stellv. Ref.-Leiter Personal),



Wilfried Pukallus Foto: VPI

Referat D 5 (stellv. Ref.-Leiter Einsatz/Organisation/Technik/Kriminalitätsbekämpfung/Verkehr/Aus- und Fortbildung/Öffentlichkeitsarbeit sowie zugleich Vertreter Ref. D 4 verkehrsrrechtl. Anordnungen), Leiter PI Saarbrücken-Mitte, Leiter Abteilung Bereitschaftspolizei, jetzt Leiter VPI.

Vorsitzender und saarl. Mitglied im Beirat für Polizeiseelsorge der Ev. Kirche im Rheinland, Synodalbeauftragter für Polizeiseelsorge im Kirchenkreis Saarbrücken, Vorstandsmitglied im gemeinnützigen Verein zur Förderung der Polizeiseelsorge im Saarland.

Frage 1

Wie ist Ihre Meinung zur „Rotation“ im Allgemeinen und zu den aktuellen Veränderungen im höheren Dienst der saarl. Polizei?

Michael Engelbert

In meiner 36-jährigen Dienstzeit habe ich mittlerweile zwölf Verwendungsdienststellen kennengelernt. Jede dienstliche Verwendung hat neue Horizonte eröffnet und die Möglichkeit geboten, sich persönlich dort einzubringen. Ich habe dabei fast das gesamte saarländische Spektrum an Dienststellen kennengelernt und dies unzweifelhaft als Bereicherung im dienstlichen und privaten Bereich empfunden. Des Weiteren kann allgemein durch eine Rotation, nicht nur im höheren Dienst, einer zu engen persönlichen Beziehung zu Dritten und damit auch korruptiven Gefahrenmomenten vorgebeugt werden. Im Übrigen ist eine Rotation von Führungskräften außerhalb der Polizei eine Standardmaßnahme, hier kann und sollte sich die Polizei nicht von allgemeinen Entwicklungen abkoppeln.

Wilfried Pukallus

Einleitend habe ich die wesentlichen Stationen meines beruflichen Werdeganges aufgelistet. Nach 19 Jahren im höheren Dienst bin ich nun an meiner siebten Stelle tätig. Wenn man sich mit seiner Aufgabe identifiziert, fällt kein Wechsel leicht. Andererseits habe ich die Erfahrung gemacht, dass man sehr schnell in einem neuen Bereich heimisch sein kann und die neue Aufgabe mit Elan angeht.

Frage 2

Herr Engelbert, Sie waren bis zum 1. 6. 2005 Leiter des größten Polizeibeizirks im Saarland und sind nun verantwortlich u. a. für eine „geschlossene Einheit“. Herr

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Pukallus, sie wechselten von der v. g. Abteilung Bereitschaftspolizei zu einer Einheit, die sich vornehmlich mit Verkehrsüberwachung beschäftigt. Bedeutet dieser Wechsel für Sie beide eine große Umstellung, eine große Herausforderung oder gar, lassen Sie es mich so bezeichnen, einen „Kulturschock“?

Michael Engelbert

Wie aus meiner Vita zu ersehen ist, war ich bereits 1984 für knapp zwei Jahre stellvertretender Leiter der Bereitschaftspolizei. Wenn sich die Bereitschaftspolizei zwar in ihren Grundstrukturen verändert hat, so ist das Arbeitsfeld nichts Neues für mich. Des Weiteren hatte ich bereits als Leiter der Polizeidirektion West Verantwortung für die Wasserschutzpolizei, die damals noch an Saarlouis angebunden war. Auch in diesem Tätigkeitsfeld habe ich sehr viele Fakten, Umstände und Verhältnisse wieder entdeckt, die mir aus dem früheren Verantwortungsbereich bereits bekannt waren. Ich gehe auch den neuen Bereich Abteilung Bereitschaftspolizei mit aufmerksamer und interessierter Gelassenheit an und werde Zug um Zug die bestehenden Probleme in diesem Zusammenspiel völlig unterschiedlicher Dienststellen einer Lösung zuführen.

Wilfried Pukallus

Nach meinem Wechsel zur Abteilung Bereitschaftspolizei musste ich mich in viele neue Bereiche einarbeiten, die mir bis zu diesem Zeitpunkt nicht oder nur wenig bekannt waren (Diensthundestaffel, Polizeimusikkorps und Wasserschutzpolizei). Die neue Aufgabe ist mir weniger fremd, da ich bereits 1981 die regionale Verkehrsüberwachungs-Gruppe der Verkehrsabteilung Saarbrücken aufgebaut habe und dann als Zugführer bei der Verkehrsüberwachungs Bereitschaft bis zu meiner Zulassung zum Aufstieg in den höheren Dienst dort eingesetzt war. Geändert hat sich die Technik. Aber auch die Einsatzphilosophie ist heute durch eine sehr starke Ausrichtung am Verkehrs- und Kriminalitätslagebild eine andere.

Frage 3

Die saarl. Polizei steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Ich denke hier an die bevorstehenden Großeinsätze, die ihre Dienststellen sicherlich erheblich belasten werden. Ich denke aber auch an mögliche Veränderungen im aufbauorganisatorischen Bereich. Welche Veränderungen sehen Sie auf die Polizei allgemein, besonders aber auf Ihre Dienststellen zukommen?

Michael Engelbert

Die Leitungsebene der Landespolizeidirektion hat aktuell ein Zielbild entworfen, das von der Verbesserung der „Qualität polizeilicher Leistungsprozesse“ bis hin zu einem „optimierten Personaleinsatz“ reicht. Hier gilt es, die selbst gesetzten Zielbilder in der weiteren Folge umzusetzen, dazu werden zur Zeit in verschiedenen Arbeitsgruppen Lösungsvorschläge erarbeitet, zum anderen wird sich auch die Polizei einer gesamtstrukturellen Überprüfung nicht entziehen können. Diese Vorgänge sind normal, denn eine Organisation, die sich nicht verändert, sondern auf dem alten Stand verharrt, wird in ihrem Leistungsvermögen auch nicht steigen. Die Abteilung Bereitschaftspolizei wird hier insbesondere in Unterstützungsfragen für die übrigen Organisationseinheiten der Landespolizeidirektion gefordert sein, es sind darüber hinaus ablauforganisatorische Änderungen in der Abteilung denkbar, über die jetzt zu sprechen es allerdings noch zu früh wäre.

Wilfried Pukallus

Fußballweltmeisterschaft in Deutschland und Katholikentag in Saarbrücken werden uns fordern, stehen wir doch im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Allerdings haben wir, um nur zwei Beispiele zu nennen, auch den Deutschlandtag und die Tour de France gemeistert. Insoweit sehe ich auch den kommenden Ereignissen gelassen entgegen.

Nicht nur in der freien Wirtschaft, sondern auch im öffentlichen Dienste hat eine Arbeitsverdichtung stattgefunden. Dies spüren wir auch in allen Bereichen der Polizei. Auch werden „wir“ immer älter. Insoweit ist es erforderlich, unsere Arbeit effizienter zu gestalten, dabei unsere

Altersstruktur zu berücksichtigen und unseren Personaleinsatz insgesamt stärker als bisher an den Belastungszeiten zu orientieren.

Verkehrsüberwachung ist eine Pflichtaufgabe der Polizei, jedoch mit wie viel Personal und in welcher Organisationsform dies geschieht, ist letztendlich eine politische Entscheidung. Allerdings erwarte ich für meinen Bereich keine grundlegenden Veränderungen der Organisation. Was die Abläufe betrifft, so werden wir wahrscheinlich im September damit beginnen teil- und vollflexible Dienstzeitmodelle, die sich noch stärker als bisher an den belastungsstarken und unfallträchtigen Zeiten orientieren, zu erproben. Hier bin ich froh, dass sich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit überwältigender Mehrheit für diese Dienstzeitmodelle ausgesprochen haben.

Frage 4

Nach nunmehr fast zwei Mo-

naten im neuen Amt! Ihr erster Eindruck von Ihrer Dienststelle und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern?

Michael Engelbert

Es macht sehr viel Spaß, verschiedenartige Dienststellen in der Erledigung ihrer Alltagsarbeit zu koordinieren. Auch von der Arbeitsmenge her kommt dabei keine Langeweile auf. Die Aufnahme bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Haus war sehr offen und freundlich, fast bis herzlich. Ich kann sagen, dass wir einen sehr guten Mitarbeiterstamm in der gesamten Abteilung bei allen Dienststellen haben, der erwarten lässt, dass die Herausforderungen, die die Zukunft mit sich bringt, auch in einer angenehmen Arbeitsatmosphäre, bewältigt werden können.

Wilfried Pukallus

Ein sehr guter!

POLIZEI DEIN PARTNER Gewerkschaft der Polizei

Ball der Polizei

des Landesbezirks Saarland
„Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“

Stargast:
Men in Black
Gesangsshow
Doc Shredder + Dolls Company
Akrobatik
Edwina de Pooter
Moderation und Entertainment
Transatlantic Showband
Tanz- und Programmbegleitung

Für die Bereitung am Festabend sorgt:
Grunder Gourmet Gastronomie
Event- und Cateringservice
Frankenhöfer Straße 141, 66450 Beckath
Tel.: 0 68 20 / 9 41 30, Fax: 0 68 20 / 96 13 23

Mit freundlicher Unterstützung Ihrer O₂ Strips im Saarland und der Pfalz

O₂
O₂ Strips
Saarbrücken: Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken
Telefon: 06 81 / 8 41 24 10, Telefax: 06 81 / 8 41 24 15
Polizeiinspektion St. Ingbert, Ralph Hennmann,
Kaiserstraße 48, 66388 St. Ingbert

24. September 2005
20.00 Uhr
Einlass 19.00 Uhr
Stadthalle
St. Ingbert

EINTRITTSPREIS: 12,00 €
KARTENVORVERKAUF:
Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland
Landesgeschäftsstelle, Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken,
Telefon: 06 81 / 8 41 24 10, Telefax: 06 81 / 8 41 24 15
Polizeiinspektion St. Ingbert, Ralph Hennmann,
Kaiserstraße 48, 66388 St. Ingbert

VERANSTALTER:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland